

AUS EUROPA

SCHWEIZ

### Schwangerschaftsabbruch: Keine Lösung

In der Auseinandersetzung über eine neue gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs besteht in der Schweiz jetzt völlige Ratlosigkeit. Vor einigen Monaten hatte es eine Volksabstimmung gegeben: Zur Entscheidung standen ein Begehren, das die Fristenlösung verlangte, sowie ein von den Parlamenten verabschiedetes Bundesgesetz über die sozialmedizinische Indikation. Beides war in der Volksabstimmung abgelehnt worden.

Der Nationalrat, vergleichbar dem Deutschen Bundestag, hatte daraufhin empfohlen, die Kompetenz für die Regelung des Rechts des Schwangerschaftsabbruchs auf die Kantone zu übertragen. Im Ständerat, dem Deutschen Bundesrat vergleichbar, lagen ähnliche Anträge aus vier Kantonen vor. Die Vertretung der Kantone hat sich jedoch Ende September mit beachtlicher Mehrheit gegen dieses Abschieben des Problems auf die Kantonebene ausgesprochen.

Einheitliches Recht sei, so meinen die Gegner dieses Vorschlags, wesentliches Kennzeichen auch eines föderalistischen Staates. Da-

mit aber ist der vom Nationalrat avisierte Ausweg wiederum versperrt, und die schon jahrzehntelange Suche nach einem neuen Weg beginnt von vorn. bt

FRANKREICH

### Pragmatismus im medizinischen Bereich

In seiner ersten Pressekonferenz als Präsident der Französischen Republik erklärte François Mitterrand Ende September hinsichtlich des Gesundheitswesens u. a. folgendes: Bei der nächsten Verteilung von Scannern werde auch der private Krankenhausesektor berücksichtigt werden. Bezüglich der pragmatischen Beibehaltung freiberuflicher Medizin stimmt der Präsident mit Gesundheitsminister Ralite überein, vorausgesetzt, daß sie „keine merkantile Medizin“ sei, wie das „noch zu oft vorkomme“.

Als ehemaliger Abgeordneter der Provinz weiß der Präsident, was die freiberufliche Medizin und besonders die praktischen Ärzte zur Entwicklung des Gesundheitswesens beigetragen haben, beitragen und weiterhin beitragen werden. Ohne diese Art von freiberuflichen Ärzten wird es nicht möglich sein, eine Vorsorgepolitik in

Angriff zu nehmen, aber es wird auch nicht möglich sein, mit einer Vorsorgepolitik den Anfang zu machen, wenn man nicht über beträchtliche öffentliche Mittel verfügt. Mitterrand allerdings: Bezüglich der Änderung von Strukturen sollte man „möglichst frühzeitig beginnen, wenn sie auf kurze oder lange Sicht Früchte tragen sollen.“

„Le Monde“ kommentierte diese programmatische Aussage so:

„Mit ‚die Notwendigkeit ist maßgebend‘ könnte man die Meinung von François Mitterrand über den freiberuflichen Sektor der Medizin zusammenfassen. Er hat wieder versichert, daß er die zwei Sektoren der Medizin gleichartig behandelt sehen möchte. Hierin ist er mit Gesundheitsminister Jack Ralite einig, insbesondere wenn dieser Erklärungen mit ‚besonders derbem Humor‘ über die freiberufliche Medizin macht.

In diesem Bereich will der Staatsebene seinen Pragmatismus beweisen: Ein gewisser Merkantilismus im Gesundheitsbereich ist in den Augen der Sozialisten unerträglich. Eine verstaatlichte Medizin ist jedoch auf jeden Fall ebenso abzulehnen. Der Pragmatismus besteht also hier darin, einen fundamentalen und zweifellos unlösbaren Gegensatz auf sich zu nehmen.“ gn

## ANATOL

